

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2334

der Abgeordneten Lars Hünich (AfD-Fraktion) und Marianne Spring-Räumschüssel (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/6288

Auswirkungen der Produktionseinstellung in Piesteritz

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller: Die Produktion bei den SKW Stickstoffwerken Piesteritz (Sachsen-Anhalt) steht still. Die Transportbranche ist auf das dort produzierte Produkt Ad-Blue ebenso angewiesen wie die Landwirtschaft auf die stickstoffbasierten Düngemittel. Nun stellte die für ganz Ostdeutschland, ja für den gesamten europäischen Raum bedeutende Firma die Produktion angesichts der Gaskrise vollständig ein. Die Firma meldete, dass sie jetzt in einem Monat so viel verlieren würde, wie man üblicherweise an Gewinn in einem Jahr erwirtschaftet habe.

Die Düngemittel werden ersatzweise aus jenem Land beschafft werden müssen, gegen das sich die Sanktionen richten. Die Firma gibt die Gasumlage als Hauptgrund der Schwierigkeiten an, die dieses Dilemma hervorbringen.

Frage 1: Sieht die Landesregierung die Problematiken der SKW Stickstoffwerke als symptomatisch an für die Wirtschaft oder gibt es Sondereffekte, die zur Produktionseinstellung führten, und wenn ja, welcher Art sind diese?

zu Frage 1: Die SKW Stickstoffwerke mit Sitz im sachsen-anhaltinischen Piesteritz fahren nach Presseberichten die Produktion wieder hoch. Inwieweit eine Einstellung der Produktion als symptomatisch für die Wirtschaft anzusehen oder auf Sondereffekte im Unternehmen zurückzuführen ist, kann nicht beantwortet werden.

Frage 2: Sieht die Landesregierung die Sanktionen gegen Russland auch dann noch als gerechtfertigt an, wenn Düngemittel importiert werden müssen?

zu Frage 2: Die wirtschaftlichen Sanktionen sind allein in dem völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine begründet.

In einem offenen Markt ist es selbstverständlich, dass Produkte importiert und exportiert werden. So wurden beispielsweise 2020 ca. 861 Tsd. t. und 2021 ca. 744 Tsd. t Düngemittel nach Deutschland importiert (Quelle: [statista.de](https://www.statista.de)). Gleichzeitig wurden aber auch jeweils signifikante Mengen exportiert, wobei es aber im Saldo immer zu einem Düngemittelimport kam. Düngemittel werden demzufolge auch unabhängig von den Sanktionen nach Deutschland importiert.

Eingegangen: 11.10.2022 / Ausgegeben: 17.10.2022

Frage 3: Sieht die Landesregierung die Sanktionen gegen Russland auch dann noch als gerechtfertigt an, wenn die Versorgung in Mitteleuropa durch die Einschränkung des Lkw-Verkehrs aufgrund des Mangels an AdBlue leiden wird?

zu Frage 3: Hinsichtlich der Berechtigung der Sanktionen s. Antwort zu Frage 2. Produktionsseitig besteht insbesondere nach einem Wiederanfahren von SKW keine AdBlue-Mangelsituation in Deutschland. Dazu, wie die Abdeckung des bestehenden Bedarfs logistisch gelöst wird und inwieweit es hier zu Einschränkungen kommen kann, liegen der Landesregierung aktuell keine Informationen vor.

Frage 4: Welche Rolle spielt die spezifisch deutsche Gasumlage bei Produktionseinstellungen? (Wir bitten um betriebs- und volkswirtschaftliche Differenzierung.)

zu Frage 4: Entscheidungen über Produktionsmengen, beziehungsweise über Steigerungen oder Kürzungen der Produktion, liegen in der Verantwortung der jeweiligen Unternehmen und basieren auf einer Vielzahl von Kriterien, wovon die Umlagen für den Gasbezug nur ein Kriterium sind. Da die Gasumlage gemäß aktueller Beschlusslage nunmehr nicht eingeführt wird, sollte dies auch keinen Einfluss auf die Produktion der Unternehmen haben.

Frage 5: Kann die Landesregierung die politischen Bemühungen unseres Nachbarbundeslandes Sachsen-Anhalt darstellen?

zu Frage 5: Abstimmungen zwischen den Ländern erfolgen vornehmlich über den Bundesrat. Die diesbezüglichen politischen Bemühungen Sachsen-Anhalts darzustellen, ist nicht Sache der brandenburgischen Landesregierung.

Frage 6: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um in Brandenburg einem Mangel an Düngemitteln und AdBlue entgegenzuwirken?

zu Frage 6: Bei einer Fortführung des russischen Angriffskriegs besteht die Gefahr der Verknappung von Düngemitteln, AdBlue und weiteren Vor- und Endprodukten der chemischen Industrie. Die Landesregierung setzt sich deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür ein, die Sicherheit der Energieversorgung zu wahren und die Energiekosten zu senken.

Frage 7: Welche Positionen nehmen die Industrie- und Handwerkskammern in Brandenburg zum Thema der Versorgungskrise in Bezug auf die Gasumlage ein und sind der Landesregierung unterschiedliche Positionierungen bekannt?

zu Frage 7: Die Kammern setzen sich als Interessenvertreter ihrer Mitgliedsunternehmen für niedrigere Energiepreise ein. Inwieweit die Kammern abgestufte Positionen zu einzelnen Preiskomponenten besitzen, um die Energiekosten zu senken, ist der Landesregierung nicht bekannt.